

702.29-01-2018

760.02-10

760.06-M

09.10.2018

760.06-10

Niederschrift über die Senatssitzung

(1.3)

Herr Senator Kerstan trägt den Inhalt der Drucksache Nr. 2018/2380, betreffend

... Änderung des Flächennutzungsplans für die Freie und Hansestadt
Hamburg - Wohnen und Gewerbe westlich der Krausestraße in
Barmbek-Süd und Dulsberg,

vor.

Der Senat beschließt die mit der Drucksache vorgelegte Mitteilung an die Bürgerschaft und ermächtigt den Präsidenten des Senats, bei der Präsidentin der Bürgerschaft die Vorwegüberweisung der Senatsmitteilung an den zuständigen Ausschuss zu beantragen.

Gr. Verteiler

Für die Richtigkeit


Cornelia Schmidt-Hoffmann



Berichterstattung:
Senatorin Dr. Stapelfeldt
Staatsrat Kock

BVortrag

Vorblatt zur
Senatsdrucksache
Nr. 2018/02380
vom 26.09.2018

Betr.: Änderung des Flächennutzungsplans für die Freie und Hansestadt Hamburg
– Wohnen und Gewerbe westlich der Krausestraße in Barmbek-Süd und Dulsberg –

A. Zielsetzung

Die Änderung des Flächennutzungsplans „Wohnen und Gewerbe westlich der Krausestraße in Barmbek-Süd und Dulsberg“ umfasst zwei Teilflächen beiderseits der Trasse der Schnellbahnlinie S 1 nördlich des Bahnhofs Friedrichsberg.

Durch die Änderung des Flächennutzungsplans sollen westlich der Schnellbahntrasse, südlich der Straße Dehnhaide die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Realisierung von Wohnungsbau geschaffen werden. Auf dieser nicht mehr genutzten Teilfläche des ehemaligen Allgemeinen Krankenhauses Eilbek war zunächst aufgrund der bestehenden Nachbarschaft zum Krankenhaus, der Lagegunst bezüglich der Verkehrsanbindungen sowie aufgrund der Lärmimmissionen eine gemischte Nutzung - insbesondere für krankenhaushnahe Nutzungen - vorgesehen. Aufgrund der an diesem Standort nicht vorhandenen Nachfrage nach entsprechenden mischgebiets-typischen Nutzungen und der nach wie vor starken Nachfrage nach Wohnungen soll nunmehr in diesem Bereich Wohnungsbau entwickelt werden. Die für eine Wohnnutzung erforderlichen Voraussetzungen im Bereich des technischen Umweltschutzes (Lärminderung) müssen auf den nachfolgenden Planungsebenen geschaffen werden.

Durch die Änderung des Flächennutzungsplans sollen außerdem zwischen Schnellbahntrasse und Krausestraße die planungsrechtlichen Voraussetzungen zur Sicherung und Entwicklung von gewerblichen Nutzungen entlang der Krausestraße geschaffen werden. Hierdurch werden besonders im innerstädtischen Bereich dringend benötigte gewerbliche Bauflächen planerisch gesichert.

B. Lösung

Um das planerische Ziel zu erreichen, stellt der Flächennutzungsplan daher nunmehr auf den nicht mehr genutzten Teilflächen des ehemaligen Allgemeinen Krankenhauses Eilbek statt „Gemischte Bauflächen“ „Wohnbauflä-

chen“ dar; außerdem werden westlich der Krausestraße „Gewerbliche Bauflächen“ statt „Gemischte Bauflächen“ dargestellt.

Zusätzlich wird das P+R-Symbol in der Nähe des Bahnhofs Friedrichsberg bestandsgemäß an die korrekte Position verschoben.

Die Änderung des Flächennutzungsplans umfasst eine Fläche von ca. 7,6 ha.

C. Auswirkungen auf den Haushalt

Die Änderung des Flächennutzungsplans verursacht keine unmittelbaren Kosten.

D. Auswirkungen auf die Vermögenslage

Von der Flächennutzungsplanänderung sind teilweise städtische Flächen betroffen:

Es werden ca. 0,08 ha „Gemischte Bauflächen“ in „Wohnbauflächen“ und ca. 2,77 ha „Gemischte Bauflächen“ in „Gewerbliche Bauflächen“ umgewandelt.

Unter Zugrundelegung durchschnittlicher Flächenwerte wirken sich die Änderungen auf das Vermögen der Freien und Hansestadt Hamburg in der Bilanz nicht aus.

E. Sonstige finanzielle Auswirkungen

Keine.

F. Auswirkungen auf:

- Familienpolitik

Es werden Wohnbauflächen planerisch gesichert, die in Teilen für familienfreundliches Wohnen genutzt werden können.

- Klimaschutz

- Bürokratieabbau

- Inklusion

Die besonderen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderung werden bei der Bauleitplanung berücksichtigt.

- Gleichstellung

Durch die Planung sollen u.a. zentrumsnahe Wohnmöglichkeiten geschaffen werden, aus denen sich in der Regel verbesserte Möglichkeiten der Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben ergeben, von denen insbesondere Frauen profitieren.

G. Alternativen

Keine.

H. Anlagen

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft mit weiteren Anlagen